

*Einladung*

*zum Vortrag am Mittwoch dem 16. November 2011*

*Die Verantwortung des Wissenschaftlers  
gegenüber der Gesellschaft -  
Die Göttinger Erklärung vom 12. April 1957*

*Dr. Elisabeth Kraus  
Frankfurt am Main*

**Ort: Haus der Allemannia  
Karlstr. 10  
Heidelberg  
Zeit: 20.00 c.t.**

Ein Nachtrag zum Vortrag „Die Verantwortung des Wissenschaftlers gegenüber der Gesellschaft - Die Göttinger Erklärung vom 12. April 1957“, gehalten auf dem Forum Allemannia am 16. November 2011 von Frau Dr. Elisabeth Kraus.

*Die Vereinigten Staaten gaben im Mai 2010 die Anzahl ihrer einsatzbereiten nuklearen Sprengköpfe mit 5113 an. Im Jahr 1967 seien es noch 31255 Sprengköpfe gewesen (Mitteilung des Pentagon).*

*Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Angst vor Atomwaffen inzwischen auf null gesunken ist (Helmut Schmidt im Interview mit der ZEIT, 2010).*

Vor 55 Jahren, am 12. April 1957, veröffentlichten achtzehn deutsche Atomphysiker eine Erklärung gegen die Atombewaffnungspolitik der Adenauer-Strauß-Regierung. Dieses Kommuniqué an die deutsche Öffentlichkeit ist als *Göttinger Erklärung* in die Geschichte eingegangen. In ihrer Erklärung kritisieren Wissenschaftler wie Otto Hahn, Werner Heisenberg und Carl Friedrich von Weizsäcker die Verharmlosung von Kernwaffen. Weiter lehnen sie jede Beteiligung an der Entwicklung von Kernwaffen für die Bundeswehr ab und sprechen sich für eine friedliche Nutzung der Kerntechnik aus. Um zu verstehen, wie es zu dieser Erklärung kam, blicken wir in die Zeit zurück.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren die Arbeiten zur angewandten Kernphysik in Deutschland zunächst durch alliierte Gesetzgebung verboten. Eine friedliche deutsche Forschungsarbeit zur Kerntechnik wurde in dieser Zeit u.a. von Werner Heisenberg vorangetrieben. Im Oktober 1955 richtete die Bundesregierung das Bundesministerium für Atomfragen ein. Zum Minister wurde Franz Josef Strauß ernannt, der sich seit Beginn der fünfziger Jahre mit Fragen zur Außen- Sicherheits- und Verteidigungspolitik befasst hatte. Strauß stand in engem Kontakt zu Wissenschaftlern aus dem Gebiet der Kernphysik, die in Gremien wie der *Kernphysikalischen Kommission* die bundesdeutschen Arbeiten zur Atomphysik und Kerntechnik berieten und koordinierten. Strauß übernahm den Vorsitz der im Januar 1956 gebildeten *Deutschen Atomkommission*. Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft Otto Hahn wurde einer seiner Stellvertreter.

Die USA waren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges als Besatzungsmacht in Deutschland präsent. Fernab von Europa waren sie von 1950 bis 1953 auf dem Kriegsschauplatz in Korea vertreten. Die militärische und strategische Denkweise der Vereinigten Staaten sah nach dem Radford-Plan eine erhebliche Verringerung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa vor. Zum Ausgleich sollte stattdessen das nukleare Potential verstärkt werden. In den fünfziger Jahren sah das Konzept zur Verteidigung Westeuropas danach vor, bei einem Angriff der Sowjetunion das Gebiet der Bundesrepublik zunächst als Auslaufzone zu nutzen und erst auf der Rheinlinie mit einem massiven Einsatz von taktischen Kernwaffen dem Angriff zu begegnen.

Taktische Kernwaffen sind Gefechtsfeldwaffen, die aufgrund ihrer Reichweite und ihrer Wirkung für einen Einsatz gegen militärische Ziele auf einem begrenzten Gefechtsfeld eingesetzt werden können. Solche Waffen waren z.B. ein 80 Tonnen schweres Artilleriesystem der amerikanischen Streitkräfte, welches im Oktober 1953 der bundesdeutschen Öffentlichkeit in Mainz als Atomkanone *Atomic Annie* vorgestellt wurde. Die Sprengkraft der Granate, die mit dieser Artillerie abgeschossen werden konnte, betrug dreiviertel der Hiroshima-Bombe.

Franz Josef Strauß wurde im Oktober 1956 Verteidigungsminister und befürwortete die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Kernwaffen. Im Arbeitskreis Kernphysik war man besorgt, als im Herbst 1956 eine Atombewaffnung der Bundeswehr zur Sprache gebracht wurde. Man fürchtete, dass das neuerrichtete Kernforschungszentrum in Karlsruhe, welches an der friedlichen Erforschung der Kerntechnik arbeitete, an der Entwicklung solcher Waffen beteiligt werden sollte. Die Wissenschaftler dieser Zeit hatten den Nationalsozialismus durchlebt und in den dreißiger und vierziger Jahren auf dem Gebiet der Radioaktivität und Kernphysik gearbeitet. Unter dem Eindruck der Bombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki hielten sie Kernwaffen für Massenvernichtungswaffen. Auf keinen Fall wollten sie sich an einer derartigen Entwicklung beteiligen. Der Zeitraum November 1956 bis April 1957 ist gekennzeichnet von einer lebhaften und kontroversen Debatte zwischen dem Arbeitskreis Kernphysik und dem Atomministerium. Am 29. Januar 1957 kam es auf Anregung von Werner Heisenberg zu einem Gespräch zwischen Minister Strauß und den Kernphysikern. Als „Zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt“ beschreibt Carl Friedrich von Weizsäcker enttäuscht den Ausgang des Treffens.

Die Vorlage zur Göttinger Erklärung liefert Adenauer dann selber. In einer Pressemitteilung vom 5. April 1957 äußert er sich vor der deutschen Presse zu taktischen Kernwaffen dahingehend, dass sie lediglich eine Weiterentwicklung der Artillerie seien. Auch die Bundeswehr müsse mit diesen beinahe normalen Waffen ausgerüstet werden. Adenauer versuchte mit dieser Äußerung einen Spaghatt: Einerseits hatte die Bundesrepublik im Rahmen der Pariser Verträge von 1954 auf die Herstellung von ABC-Waffen verzichtet und sich zur Aufstellung eines 500.000 Mann starken konventionellen Heeres verpflichtet. Andererseits befürwortete Strauß seit seinem Amtsantritt als Verteidigungsminister die taktischen Kernwaffen und die Ausrüstung der Bundeswehr mit solchen Systemen. Adenauer versuchte nun, einen Unterschied zwischen den „großen“ strategischen Kernwaffen, die mittels Interkontinentalraketen transportiert werden, und den „kleinen“ Kernwaffen, die auf einem Gefechtsfeld eingesetzt werden, zu vermitteln. Wie Strauß befürwortete er, dass die Bundeswehr mit solchen „kleinen“ taktischen Kernwaffen ausgerüstet werden sollte.

Die Wissenschaftler reagierten mit einem Sturm der Entrüstung auf diese Äußerungen, die auf eine Bagatellisierung von Kernwaffen abzielten. Manche redeten von volksverdummenden Worten, andere schüttelten den Kopf über Adenauers scheinbare Unkenntnis der radioaktiven Auswirkung von Kernwaffen, wiederum andere unterstellten ihm eine bewusste Täuschung der Bevölkerung. Nach den Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg bestand zwar eine Vorstellung davon, welches Zerstörungspotential Bombenangriffe auf Städte haben. Aber von der unvorstellbaren Zerstörungskraft einer Kernwaffe hatte die damalige Bevölkerung wohl nur eine ungenaue Ahnung.

Aufklärung der Bevölkerung und Verweigerung zur Entwicklung derartiger Waffen: Dies waren die Motivationen der achtzehn Verfasser der Göttinger Erklärung. Die Text erschien am 13. April zusammen mit einer Stellungnahme des Bundeskanzlers auf den Titelseiten der deutschen Tageszeitungen. Die politische Stellungnahme der Erklärung gipfelt in den Sätzen: „Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, dass es sich heute noch am besten schützen und den

Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.“

Strauß nannte die Erklärung einen „ohne vorherige Fühlungnahme mit der Bundesregierung erfolgten Appell, ... die Wissenschaftler verfügen nicht über eine ausreichende Kenntnis der politischen und militärischen Zusammenhänge ... Insbesondere seien sie nicht verantwortlich für die Sicherheit Deutschlands und für den Schutz Europas gegen einen sowjetischen Überfall.“

Angesichts solcher Vorwürfe sahen sich die Unterzeichneten genötigt, ihre Ansichten weiter zu erläutern und zu verteidigen. Ihrer Meinung nach würde die atomare Aufrüstung kleiner Staaten wie der Bundesrepublik die Gefährlichkeit der politischen Lage vergrößern und die Spannungen erhöhen. Die Verbreitung der Atomwaffen auf immer mehr Länder würde eine große Gefahr darstellen, da durch sie ein Atomkrieg wahrscheinlicher werde. Weiter hätten sie als sachkundige Staatsbürger einer Verpflichtung zur Aufklärung der Bevölkerung nachkommen müssen.

Es kam zu einem Kompromiss und zu einem Kommuniqué, in dem sich der Bundeskanzler und die Verfasser der Göttinger Erklärung gemeinsam äußerten. Die Bundesregierung stellte klar, dass sie nach wie vor keine eigenen Atomwaffen produzieren wird und demgemäß keine Veranlassung hat, an die deutschen Atomwissenschaftler wegen einer Beteiligung an der Entwicklung nuklearer Waffen heranzutreten. Damit war die Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Politik zunächst beigelegt.

Die Bundesregierung stimmte Anfang Mai 1957 der sogenannten *nuklearen Teilhabe* zu. Verbände der Bundeswehr werden nach diesem Beschluss an nuklearen Waffensystemen - stationiert in der Bundesrepublik - ausgebildet. Die Waffensysteme stehen allerdings unter amerikanischer Kontrolle. Nach diesem Beschluss gehören nukleare Kurzstreckenraketen seit 1963 zur Ausstattung der Bundeswehr.

Die Verfasser der Göttinger Erklärung waren mit dem Ergebnis ihrer Erklärung zufrieden. Sie handelten aus persönlichen Motiven, oder auch aus ihrer Verpflichtung als Wissenschaftler und als Bürger und vor ihrem Gewissen. Die Bundesregierung hatte öffentlich erklärt, keine Atomwaffen herstellen zu wollen. Die kernphysikalischen Institute und die Kernforschungszentren waren damit vor der Gefahr geschützt, an der Herstellung von Kernwaffen beteiligt zu werden. Bis heute ist dies Wirklichkeit: Deutschland besitzt als NATO-Mitglied eine nukleare Teilhabe, ist jedoch nicht im Besitz eigener Kernwaffen.

Frau Dr. Elisabeth Kraus hat in Gießen, Paris und Tübingen Geistes- und Sozialwissenschaften studiert. Zwischen 1989 und 1992 führte sie Gespräche mit den damals noch lebenden Unterzeichnern der Göttinger Erklärung. Sie erforschte Nachlässe, Privatarchive und Aktenbestände der Göttinger Achtzehn und promovierte 2001 zum Dr. rer. oec. in Tübingen mit dem Thema „Von der Uranspaltung zur Göttinger Erklärung“. Heute arbeitet sie als Bildungsreferentin für Naturwissenschaft, Technik, Ethik in Frankfurt am Main.